



MEDIEN

■ ANALYSE		
Die Lage der Massenmedien in Russland. Robert Orttung, Washington		2
■ DOKUMENTATION		
Pressefreiheit		6
Medienreichweite		8
■ UMFRAGE		
Der Zugang zu den Medien in der Wahrnehmung der russischen Bevölkerung		13
■ KOMMENTAR		
Das Schwarze Mal für Journalisten. Grigori Pasko, Moskau		14
■ DOKUMENTATION		
Stellungnahmen zur Koroljow-Affäre		16
■ ANALYSE		
Das russische Internet: Insel der Meinungsfreiheit und Zivilgesellschaft. Dmitry Vinogradov, Moskau		17
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 9. bis zum 16. November 2006		22
<hr/>		
■ LESEHINWEIS		
Polen-Analysen		23



Analyse

Die Lage der Massenmedien in Russland

Von Robert Orttung, Washington

Zusammenfassung

Seit dem Amtsantritt von Präsident Wladimir Putin wird die Pressefreiheit systematisch eingeschränkt. Nachdem die Regierung 2003 die Kontrolle über die größten landesweiten Fernsehsender übernahm, hat sie jetzt auch die wichtigsten nicht-staatlichen Zeitungen übernommen. Letztendlich werden Putins erklärte Bemühungen, den russischen Staat zu stärken und die Wirtschaft anzukurbeln dadurch, dass kritische Stimmen zum Schweigen gebracht werden, untergraben.

Der Mord an Anna Politkowskaja als Teil eines größeren Ganzen

Der Mord an der Enthüllungsjournalisten Anna Politkowskaja in Moskau am 7. Oktober rückte das Problem der Pressefreiheit in Russland in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit. Anna Politkowskaja war eine der wenigen, die tapfer genug waren, nach Tschetschenien zu fahren und über die Entführungen, Folter und Morde zu berichten, die unter der Herrschaft des von Moskau gestützten Premierminister Ramsan Kadyrow verübt werden. Die Tatsache, dass Anna Politkowskaja durch einen Mörder zum Schweigen gebracht wurde, hinterlässt ein Vakuum in den russischen Medien.

Der Mord an Anna Politkowskaja kam nicht aus heiterem Himmel. Während allgemein davon ausgegangen wird, dass der Mord mit ihrer Arbeit zu tun hatte, weiß noch niemand, wer ihren Tod anordnete. Nichtsdestotrotz passt der Angriff zur systematischen und langfristigen Politik des Kremls, die Freiheit der Medien in Russland zu ersticken. Eine Politik, die seit dem Amtsantritt von Präsident Wladimir Putin zum Jahresanfang 2000 konsequent umgesetzt worden ist. Die Ergebnisse sind offensichtlich: Reporter ohne Grenzen stuften in ihrer Rangliste der Pressefreiheit 2006 Russland auf Platz 147 der 168 von ihnen erfassten Länder ein. (Siehe die Tabelle auf Seite 6)

Während man darüber streiten kann, ob es unter Präsident Boris Jelzin in den 1990er Jahren in Russland wirkliche Pressefreiheit gab, existierten doch in den Medien immerhin vielfältige Meinungen. Damals gab es viele Stimmen, die die Politik des Kremls kritisierten. Heute hat die Regierung die meisten alternativen Sichtweisen aus den großen Massenmedien vertrieben. Auch wenn etwas Freiheit in den regionalen Medien und im Internet verblieben ist, sind auch hier die Freiräume bedroht.

Der Angriff auf die Medien ist Teil einer umfassenden Kampagne gegen die Geschäftswelt, Wählerrechte, NGOs und andere Grundrechte, die Russland nach dem Zusammenbruch des Kommunismus gerade erst anfang auszuprobieren. Die Unterdrückung der Medien wird letztendlich die Leistungsfähigkeit des

Staates untergraben, indem sie ihn gerade derjenigen Informationen beraubt, die er benötigt, um effektiv zu regieren.

Tabuthemen

Russische Journalisten, die im jetzigen System überleben können, wissen, wie die Grenzen abgesteckt sind. Nach Ansicht von Alexei Wenediktow, dem Chefredakteur von Echo Moskwy, einem Radiosender, dessen Reporter ein breites Spektrum von Meinungen vertreten, sind die wesentlichen Tabuthemen Korruption in der Elite und Tschetschenien, insbesondere die Grausamkeiten, die von russischen Truppen und moskautreuen Tschetschenen verübt werden. Wie Anna Politkowskaja war vielleicht auch der Korrespondent Paul Klebnikov der Korruption in Tschetschenien auf der Spur, bevor er im Juli 2004 ermordet wurde. Am 16. Oktober 2006 verboten die Behörden die Russisch-Tschetschenische Freundschaftsgesellschaft, eine in Nizhni Nowgorod ansässige NGO, die eine Internetzeitung publizierte, die als eine der wenigen zuverlässigen russischen Quellen für Informationen aus Tschetschenien galt.

Wie Masha Lipman festgestellt hat, hat der Kreml gemerkt, dass er die Nachwirkungen von Ereignissen, die jenseits seiner Kontrolle sind minimieren kann, indem er die Berichterstattung durch die Medien streng unter Kontrolle hält, „z.B. wird die Geiseltragödie von Beslan in der Öffentlichkeit wenig analysiert, daher gibt es für die Führung des Landes auch kaum Konsequenzen. Der Rundfunk hat das Thema im Grunde genommen ignoriert, während nur relativ unbedeutende Publikationen mit geringer Leserschaft versucht haben, die Ereignisse, die zum Tod so vieler Geiseln führten, zu untersuchen. Im Gegensatz zu diesen problematischen Fragen stehen Themen, die von den Behörden im Allgemeinen akzeptiert werden z.B. die Außenpolitik, Sport, Unterhaltung und Business.“

Das Fernsehen

Die Fernsehsender sind in der russischen Gesellschaft mit Abstand die wichtigsten Informati-

onsquellen: In einer Umfrage, die im Oktober vom Kreml-nahen Meinungsforschungsinstitut WZIOM durchgeführt wurde, erklärten 85% der russischen Bevölkerung, dass sie das nationale Fernsehen als hauptsächliche Informationsquelle benutzen, womit diese Zahl im Laufe eines Jahres um 9% angestiegen ist (siehe die Zahlen auf den Seite 8 und 9).

In Anbetracht der überaus wichtigen Rolle, die das Fernsehen in der russischen Gesellschaft spielt, überrascht es nicht, dass es eines der ersten Ziele von Putins Kampagnen war, die Autorität des Staates wiederherzustellen. Am Anfang seiner Präsidentschaft nahm Putin Boris Beresowskij die Kontrolle über ORT ab, Russlands wichtigstem Fernsehsender, der jetzt Kanal Eins heißt. Danach zwang er den Oligarchen Wladimir Gusinskij, Russland zu verlassen, und dessen Fernsehsender NTV, damals einer der regierungskritischsten, ging im Jahre 2001 an den staatlich kontrollierten Konzern Gazprom. Damals behauptete die Regierung, dass der Transfer eine rein geschäftliche Transaktion sei, da der Fernsehsender gegenüber dem Erdgasmonopolisten große Schulden hatte. Die politischen Implikationen waren jedoch klar. Die Journalisten, die für die Berichterstattung von NTV verantwortlich waren, wurden gezwungen, ihre Arbeitsplätze aufzugeben und versuchten, neue Sender unter den Namen TV-6 und TV5 aufzubauen, mussten aber letztendlich 2003 den Sendebetrieb einstellen.

Unter Oleg Dobrodejew hat RTR, der zweitgrößte russische Fernsehsender, ein Netzwerk von 80 regionalen Radio- und Fernsehsendern errichtet, die eine einheitliche Botschaft aus Moskau ausstrahlen. 2003 hatte der Kreml somit die Kontrolle über das russische Fernsehen erlangt.

Der russische Staat besitzt oder kontrolliert jetzt die fünf wichtigsten Fernsehsender: Kanal Eins, RTR, TV-Zenter, NTV und Ren-TV. Einen Überblick über die Reichweite der Fernsehsender geben die Zahlen auf Seite 12. Von diesen fünf widmen die erstgenannten vier ungefähr 90% ihrer politischen Berichterstattung den Aktivitäten von Regierung und Behörden und das fast immer in positiven oder neutralen Wendungen, wie ein Monitoring des Zentrums für Journalismus in Extremsituationen im März 2006 zeigte. Diese Sender wandten 4% oder weniger ihrer politischen Berichterstattung für die Opposition auf, und diese Berichte waren im Allgemeinen negativ. Nur Ren-TV fiel ein wenig aus dem Rahmen, da es 19% seiner politischen Berichterstattung der Opposition widmete und die Berichterstattung ausgeglichener war. In der Studie kam das Zentrum zu dem Schluss, dass „unsere Daten zeigen, dass die meisten Medien, die wir regelmäßig analysieren, den russischen Bürgern nicht

mehrere Sichtweisen über konkrete Themen anbieten. Die Medien dienen nicht als Forum für den Austausch von Meinungen, öffentliche Debatten, Konflikt, Untersuchungen und Kommentare, und können die Öffentlichkeit so nicht mit einer informierten, analytischen und wohl überlegten Diskussion politischer Themen und der Regierungs- und Behördenarbeit versorgen“. Kurzum, die russischen Medien erfüllen nicht diejenigen Funktionen, die in einer Demokratie von ihnen verlangt werden.

Igor Jakowenko, der Sekretär der Russischen Journalistenunion, erklärt so, dass die nationalen Sender das Land nicht mit Nachrichten, sondern mit Propaganda versorgen. Die Fernsehnachrichten geben nicht die Realität wieder, sondern schaffen ein Paralleluniversum. In Fällen, in denen die Linie des Kreml nicht klar ersichtlich ist, schweigen die Sender oft, so hatten Fernsehkommentatoren an dem Tag im Juni, als Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow zurücktrat, wenig über seinen plötzlichen Rücktritt und über die Bedeutung dieses Rücktrittes für die russische Politik zu sagen. In Anbetracht der Bedeutung der Person und des Amtes, schien es eines der wichtigsten Ereignisse des Jahres zu sein, das auch in ausländischen Medien kommentiert wurde, so dass das Ausbleiben von Kommentaren in Russland seltsam anmutete. Ohne direkte Führung waren die bekannten TV-Sprecher um Worte verlegen.

Genau genommen gibt es bei den nationalen Fernsehsendern nichts Spontanes mehr. Seit 2004 werden alle Talkshows vor der Ausstrahlung aufgezeichnet, und unerwünschte Kommentare werden vorher gelöscht.

Es wird erwartet, dass weitere Fernsehsender den landesweiten Sendebetrieb vor dem Wahlzyklus der Jahre 2007–2008 aufnehmen. Alle werden jedoch einen offiziellen Standpunkt vertreten. Wenn es zu einem dramatischen Bruch innerhalb der Elite kommen sollte, hat jede Seite ihren eigenen Sender. Der Petersburger Sender TV5, von dem es heißt, er stünde dem Stellvertretenden Premierminister und potenziellen Putin-Nachfolger Dmitri Medwedew nahe, besitzt bereits eine Lizenz für den landesweiten Sendebetrieb. Der Armeesender Swesda, der von Verteidigungsminister Sergei Iwanow, einem weiteren möglichen Nachfolger Putins, kontrolliert wird, wird voraussichtlich noch in diesem Jahr eine solche Lizenz erhalten.

Angriff gegen die Presse

Nachdem die Regierung die Kontrolle über die nationalen Fernsehsender erlangt hatte, galt die nächste Phase den wichtigsten Printmedien. Nachdem in diesem Jahr Kommersant verkauft worden

ist, haben jetzt Kreml-nahe Firmen die wichtigsten Zeitungen übernommen, die einen Standpunkt vertraten, der nicht regierungsnah war. Kommersant, mit einer relativ kleinen Auflage von 115.000 Exemplaren und einer benutzerfreundlichen Website, war wegen unabhängiger und Kreml-kritischer Berichterstattung hoch angesehen. Ende August wurde die Zeitung von Alischer Usmanow übernommen, dem Besitzer einer Vielzahl von Stahlfirmen und Präsidenten der Gazprominvestholding, einer 100-prozentigen Tochterfirma von Gazprom. Usmanow ist auf Platz 25 der Forbes-Liste der reichsten Russen, mit einem Vermögen, das auf 3,1 Mrd. US-Dollar geschätzt wird. Es wird angenommen, dass er Medwedew, dem Bewerber um die Präsidentschaft, der auch Vorsitzender des Aufsichtsrates von Gazprom ist, nahe steht.

Beresowskij, der jetzt in London lebt, besaß die Zeitung von 1999 bis zum Februar 2006, als er die Zeitung an seinen in Georgien wohnhaften Geschäftspartner Badri Patarkazischwili verkaufte. Sowohl Beresowskij als Patarkazischwili werden in Russland mit Haftbefehl gesucht. Kurz nachdem Usmanow die Zeitung kaufte, kündigte Chefredakteur Wladislaw Borodulin, und weitere Journalisten verließen die Zeitung. Der neue Chefredakteur ist Andrej Wasiljew, der schon von 1999 bis zum Sommer 2005, als er die ukrainische Ausgabe von Kommersant lancierte, den Stuhl des Chefredakteurs innehatte.

Der Kauf von Kommersant verlief nach einem in Russland wohl erprobtem Modell: Gazprom oder regierungsfreundliche Geschäftsleute kaufen eine Zeitung, die bald darauf aktuelle und regierungskritische Berichterstattung einstellt. Als Gazprom im Jahre 2005 Iswestija übernahm, begann die einst angesehene Zeitung einen langsamen Abstieg und wird heute eher als Boulevardzeitung denn als unabhängiges Nachrichtenmedium angesehen. Andere Zeitungen, die in den letzten Jahren übernommen wurden, sind z.B. Nesawisimaja gaseta, Nowye iswestija und Moskowskie nowosti. 2001 übernahm Gazprom Segodnja, einst das Flaggschiff von Gusinskis Media Most Imperium, und stellte sie ein. Der Gasriese entließ weiterhin die Angestellten des Nachrichtenmagazins Itogi. Obschtschaja gaseta verschwand im Jahr 2002. Zurzeit bereitet sich angeblich der Prof-Media Konzern von Wladimir Potanin darauf vor, die Komsomolskaja Prawda zu verkaufen, die beliebteste Zeitung im Lande mit einer Leserschaft von 8,4 Millionen, wahrscheinlich an Gazprom.

Auf dem russischen Markt gibt es damit nur noch wenige Zeitungen, die nicht vom Staat kontrolliert werden. Dazu gehören die Tageszeitung Wedomosti, die in ausländischem Besitz ist. Zu den Eigentümern gehören die finnische Firma Independent Media

Sanoma Magazines, das Wallstreet Journal und die Financial Times. Die Zeitung konzentriert sich hauptsächlich auf Wirtschaftsnachrichten. Zeitungen wie die Gaseta, die im Besitz von Wladimir Lisins Nowolipezker Metallwerk ist, und Wremja Nowostei, die angeblich an Wladimir Woloschin, den Aufsichtsratsvorsitzenden des russischen Elektrizitätsmonopolisten und ehemaligen Stabschef des Kreml, gebunden ist, werden als relativ unabhängig eingeschätzt, haben aber nur wenig Leser und einen geringen Anteil am Anzeigenmarkt.

Die Nowaja gaseta, bei der Anna Politkowskaja arbeitete, scheint ihre Reichweite auszudehnen. Ihre Auflage hat sich über die letzten drei Jahre von 130.000 auf 170.000 erhöht, so dass sie Wettbewerbern wie Gaseta und Wremja Nowostei weit voraus ist. Der ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow und der Milliardär und Duma-Abgeordnete Alexander Lebedew haben im Juni 2006 zusammen 49% der Anteile an der Zeitung gekauft, um ihre politische Linie zu unterstützen. Einen Überblick über die Reichweiten russischer Printmedien geben die Seiten 10 bis 11.

Unter den bedeutenden Leitmedien ist der Radiosender Echo Moskwj einzigartig, da er im Besitz von Gazprom ist, seine Journalisten aber an ihrer unabhängigen Linie festhalten können. Der Chefredakteur Wenediktow behauptet, dass seine Hörerschaft im letzten Jahr um 20% gewachsen ist.

Regionale Medien

Regionale und lokale Medien sind im Allgemeinen regionalen und lokalen Regierungen für Subventionen verpflichtet und müssen daher sicherstellen, dass sie ihre politischen Sponsoren nicht vor den Kopf stoßen. Diese Regierungen geben jährlich Millionen von Dollar für ihre Medien aus.

Nichtsdestotrotz gibt es Beispiele von Journalisten und Zeitungen, die in den Regionen ausgezeichnete Arbeit leisten, z.B. die Zeitung Wetschernij Krasnoturinsk, mit Natalia Kalinina als Chefredakteurin, die als erste über die schweren Schikanen berichtete, die der Soldat Andrei Sytschow während seines Wehrdienstes erlitt. Nach den Berichten von Wetschernij Krasnoturinsk, die in Sytschows Heimatstadt erscheint, griffen die landesweiten Medien den Fall auf, und die Misshandlungen wurden in Russland zu einem bedeutenden Skandal, der ein unwillkommenes Licht auf das Unvermögen der Armee warf, sich zu reformieren.

Die Zeche zahlen

Offensichtlich bereitet sich die Regierung darauf vor, ihre Kontrolle über die Medien während der

Wahlkampagnen 2007/2008 zu nutzen. Im Haushaltsvorschlag für 2008 ist die Summe, die für Medien vorgemerkt ist, einem Bericht in der *Nesawisimaja gaseta* zufolge um ein Drittel auf 18,2 Mrd. Rubel (680 Mio. US-Dollar) angestiegen. Die genauen Zahlen für die Medien werden in der dritten Lesung des Haushaltes erörtert werden, die für die zweite Hälfte des Novembers vorgesehen ist.

Jenseits von staatlichen Subventionen haben einige Medien selbstständig einen hohen Gewinn erwirtschaften können. Natürlich haben diese Geldströme die Aufmerksamkeit der Regierung erregt. Mit einem Erlass vom 31. Juli machte Präsident Putin Teile des Föderalen Sicherheitsdienstes (FSB) für die Sicherheit von äußerst wichtigen Einrichtungen in Russland verantwortlich, darunter auch des Fernsehens. Der FSB hat auch seine Leute, die in den Medien arbeiten. Er wird weit reichende Befugnisse über den Inhalt, der von den Sendern verbreitet wird und über Finanzströme erhalten, wie eine „gut unterrichtete Quelle“ der *Nesawisimaja gaseta* mitteilte. Insbesondere die Finanzströme sind attraktiv, da die Sender im letzten Jahr einen Profit von geschätzten 3 Mrd. US-Dollar einfuhren.

Gesetze für zahme Medien

Die Behörden bedienen sich mehr und mehr der Gesetze, um auf Journalisten Druck auszuüben. Jakowenko von der Journalistenunion erklärte, dass seine Organisation jeden Monat ungefähr 10 Beschwerden von Journalisten erhält, die unter Druck gesetzt werden. In der russischen Gesetzgebung gibt es jetzt viele Verbote von Verleumdung oder Beleidigung der Behörden und der Regierung. Im Juli unterzeichnete der Präsident ein Gesetz, das die Beleidigung eines Beamten bei der Ausübung seiner Pflichten zu einer „extremistischen“ Tat macht, die für den betreffenden Journalisten eine lange Gefängnisstrafe nach sich ziehen kann. Immer öfter verurteilen die Gerichte Journalisten in Fällen von Diffamierung. In den 1990er Jahren gab es weniger als 10 solcher Fälle; jetzt gibt es laut der World Association of Journalists bis zu 45 pro Jahr. In fortschrittlichen Demokratien werden solche Fälle von Zivil- und nicht von Strafkammern bearbeitet.

Safety Last

Die Gerichte sind nicht einmal die größte Bedrohung, um die sich Journalisten Sorgen machen

Über den Autoren:

Robert Orttung ist Visiting Scholar am Center for Security Studies der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich und Associate Research Professor am Terrorism, Transnational Crime, and Corruption Center der American University in Washington, D.C.

müssen. Russland ist das drittfährlichste Land für Journalisten in der Welt und laut dem Committee to Protect Journalists (CPJ) wird nur vom Irak und von Algerien übertroffen. Mit Anna Politkowskaja kommt das CPJ auf 13 Journalisten, die seit Anfang 2000 anscheinend von bezahlten Killern ermordet worden sind.

Die Behörden haben in keinem der Fälle die Mörder finden können. Vor dem Tod von Anna Politkowskaja war der Mord an Paul Klebnikov im Juli 2004 einer der im Westen bekanntesten Fälle. Im Mai 2006 sprach eine Jury drei Männer frei, die für dieses Verbrechen vor Gericht gestellt worden waren. Darauf kündigte die Generalstaatsanwaltschaft Berufung an.

Neben der Möglichkeit, eines unnatürlichen Todes zu sterben, werden Journalisten in Russland auch damit konfrontiert, dass sie einfach von ihren Arbeitsplätzen entfernt werden. Prominente Beispiele hierfür sind der Nachrichtenmoderator Leonid Parfjonow, der Zeitungsredakteur Raf Schakirow und der Magazinredakteur Sergei Parchomenko. Entweder haben sie ihren Beruf aufgegeben oder sie arbeiten jetzt bei Medien, die einen kleineren Kreis von Menschen erreichen. Einen Überblick über Verletzungen der Medienfreiheit geben die Zahlen auf den Seiten 6 bis 8.

Keine Nachrichten sind schlechte Nachrichten

Der Angriff des Kreml auf die freien Medien zeugt von der Paranoia seiner Führer und ihrer Furcht vor der Gesellschaft. Anstatt Russlands Probleme anzusprechen, haben die Toppolitiker des Landes beschlossen, dass es einfach leichter ist, nicht mehr über diese Probleme zu reden.

Solche Taktiken sind zum Scheitern verurteilt. Um effektiv und langfristig zu regieren, muss eine Regierung wissen, wie die Reaktionen auf ihre Politik ausfallen. Ohne freie Medien, die Trends und Meinungen in der Gesellschaft diskutieren, wird die Führung es nicht leicht haben zu erfahren, was die Bevölkerung denkt und tut. Im Ergebnis wird sie unpopuläre Entscheidungen treffen, die früher oder später eine mächtige Opposition gegen das System heraufbeschwören werden. Damit wird Putins Medienpolitik langfristig wahrscheinlich das Gegenteil von dem erreichen, was sie bezweckt.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Dokumentation

Pressefreiheit

Rangliste der Pressefreiheit 2006 (Ausgewählte Länder)

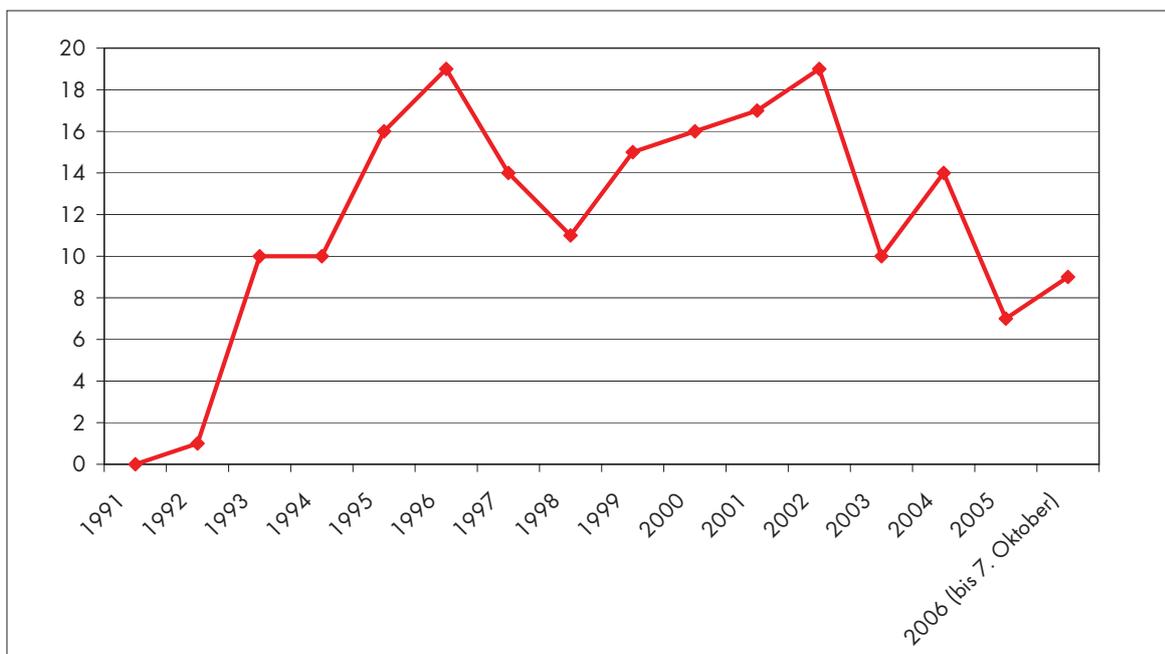
Nr.	Land	Punkte
1	Finnland	0,50
23	Deutschland	5,50
27	Großbritannien	6,50
53	USA	13,00
58	Polen	14,00
105	Ukraine	26,50
147	Russland	52,50
168	Nordkorea	109,00

Quelle: Reporter ohne Grenzen, http://www.rsf.org/article.php3?id_article=19388 24. Oktober 2006

Verletzungen der Medienfreiheit in Russland. Die Statistik der Glasnost Defense Foundation

Quelle: <http://www.gdf.ru/monitor/index.shtml>

Unnatürliche Todesfälle von Journalisten 1991 – 2006



Gewaltsame Übergriffe auf Journalisten 1991 – 2006

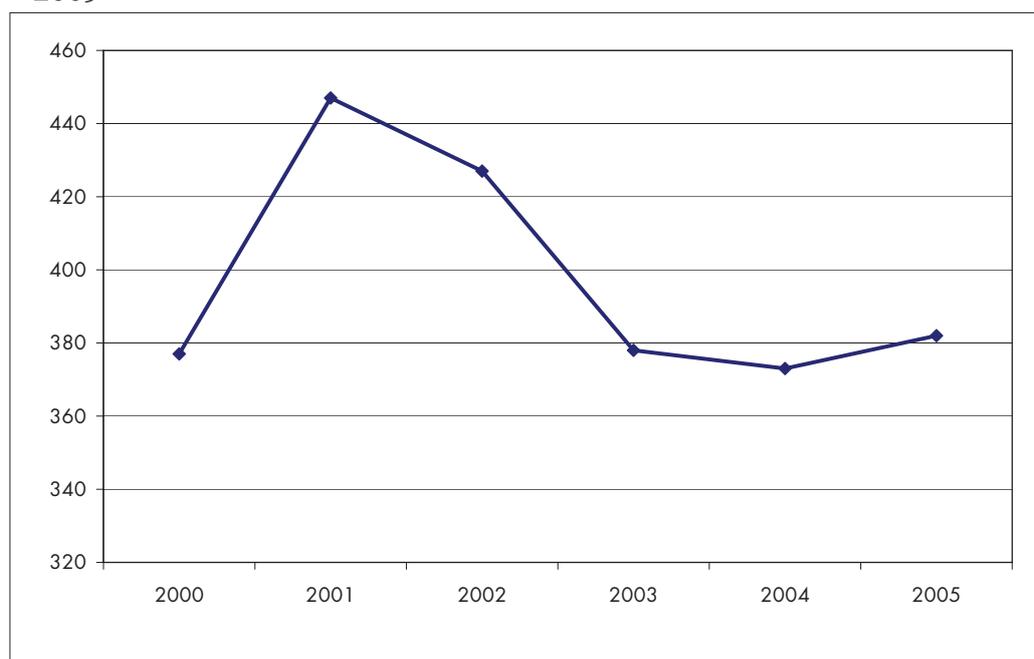
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Unnatürliche Todesfälle von Journalisten	0	1	10	10	16	19	14	11	15
Gewaltsame Übergriffe auf Journalisten und Redaktionsräume	k.A.	91	91						

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006 (bis 7. Oktober)
Unnatürliche Todesfälle von Journalisten	16	17	19	10	14	7	9
Gewaltsame Übergriffe auf Journalisten und Redaktionsräume	73	102	99	120	83	75	58

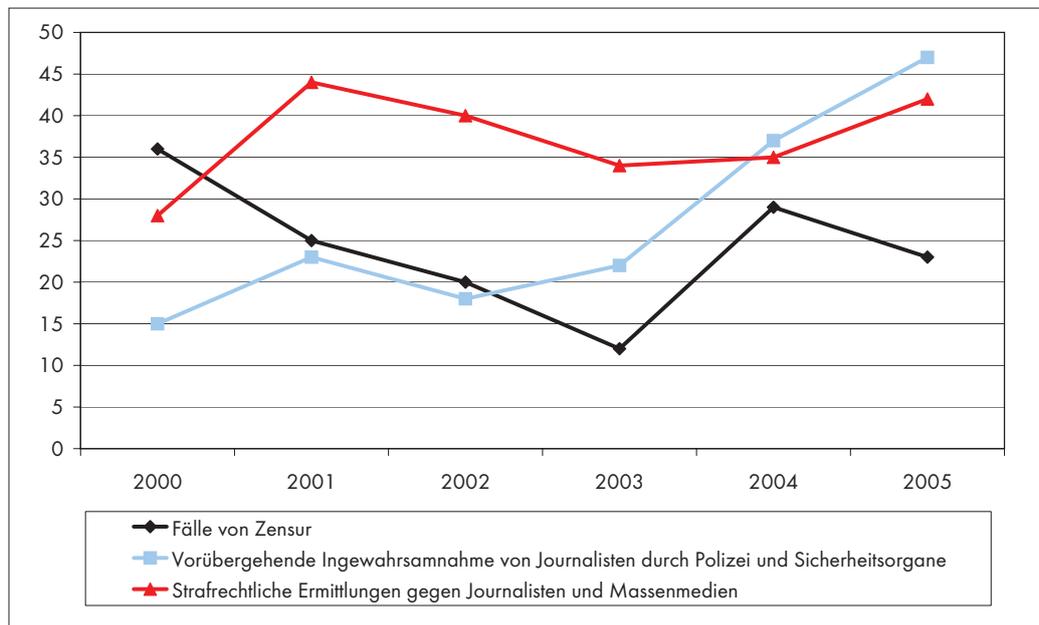
Staatliches Vorgehen gegen Journalisten und Medien 2000 – 2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Fälle von Zensur	36	25	20	12	29	23
Vorübergehende Ingewahrsamnahme von Journalisten durch Polizei und Sicherheitsorgane	15	23	18	22	37	47
Richterlich angeordnete Durchsuchungen von Journalisten und Redaktionsräumen	377	447	427	378	373	382
Strafrechtliche Ermittlungen gegen Journalisten und Massenmedien	28	44	40	34	35	42

Richterlich angeordnete Durchsuchungen von Journalisten und Redaktionsräumen 2000 – 2005



Andere staatliche Maßnahmen gegen Journalisten und Medien 2000 – 2005

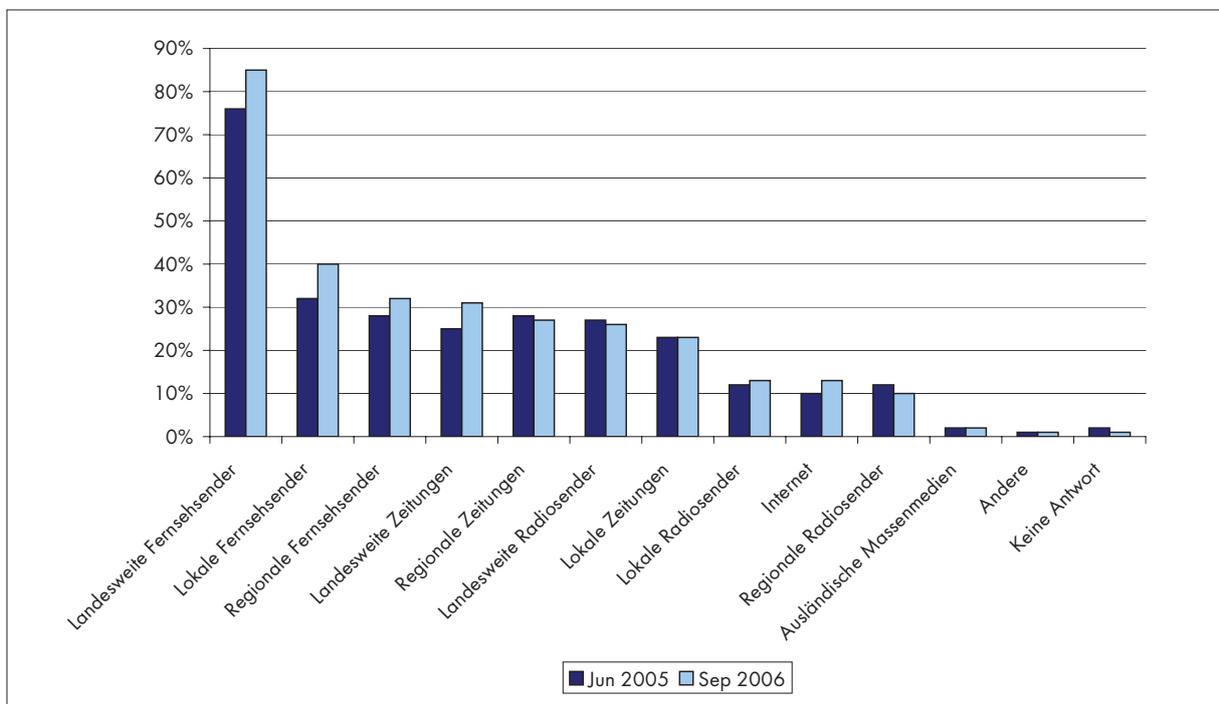
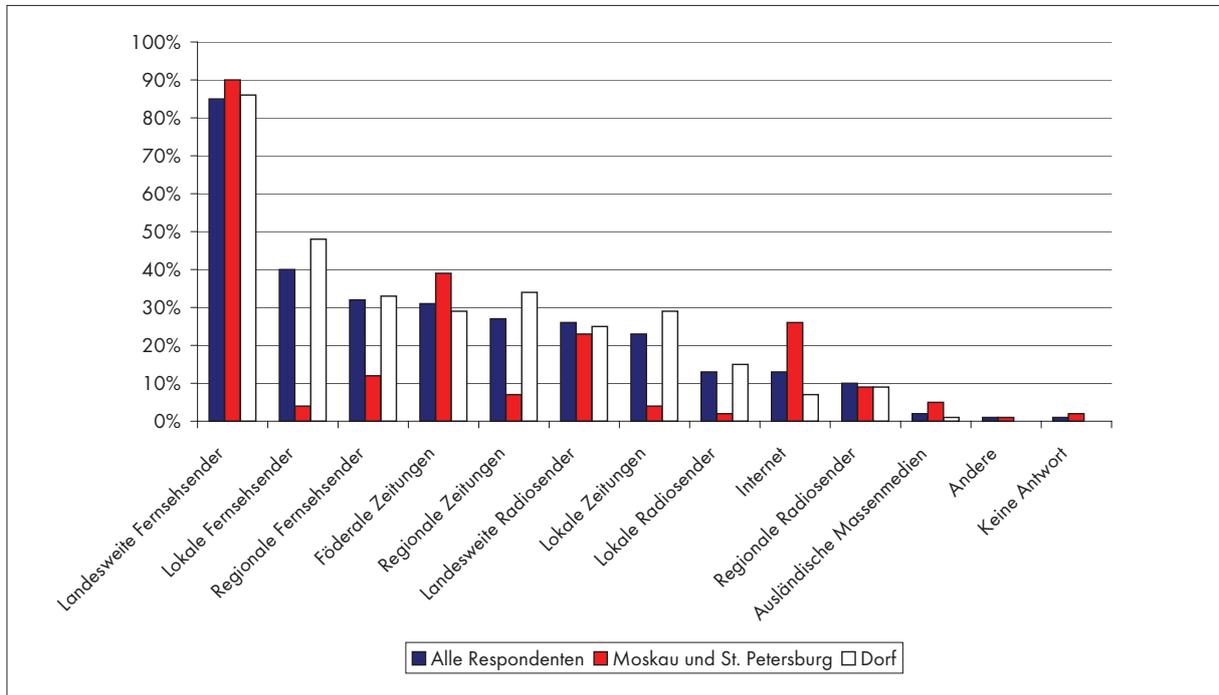


Medienreichweite

Welche Informationsquellen benutzen Sie am meisten? (Beliebige Anzahl von Antworten)

	Alle Respondenten	Wohnort				
		Moskau und St. Petersburg	Bevölkerung größer als 500.000	Bevölkerung 100.000 – 500.000	Bevölkerung weniger als 100.000	Dorf
Landesweite Fernsehsender	85%	90%	83%	81%	86%	86%
Lokale Fernsehsender	40%	4%	47%	33%	42%	48%
Regionale Fernsehsender	32%	12%	34%	34%	34%	33%
Landesweite Zeitungen	31%	39%	24%	31%	35%	29%
Regionale Zeitungen	27%	7%	16%	27%	33%	34%
Landesweite Radiosender	26%	23%	26%	37%	19%	25%
Lokale Zeitungen	23%	4%	22%	20%	28%	29%
Lokale Radiosender	13%	2%	12%	16%	15%	15%
Internet	13%	26%	16%	18%	10%	7%
Regionale Radiosender	10%	9%	8%	12%	11%	9%
Ausländische Massenmedien	2%	5%	1%	5%	1%	1%
Andere	1%	1%	1%	1%	0%	0%
Keine Antwort	1%	2%	1%	0%	2%	0%

Welche Informationsquellen benutzen Sie am meisten? (Beliebige Anzahl von Antworten)

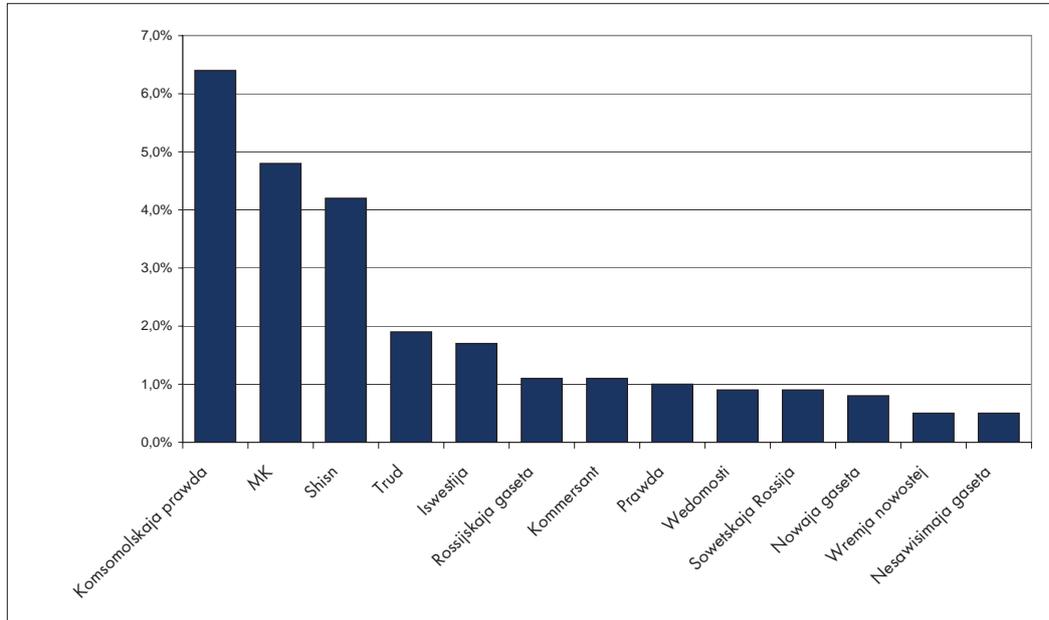


Quelle: Umfrage des WZIOM vom 9. Oktober 2006

http://wciom.ru/novosti-analitika/press-vypuski/press-vypusk/single/3329.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=1&cHash=50f5a2681e

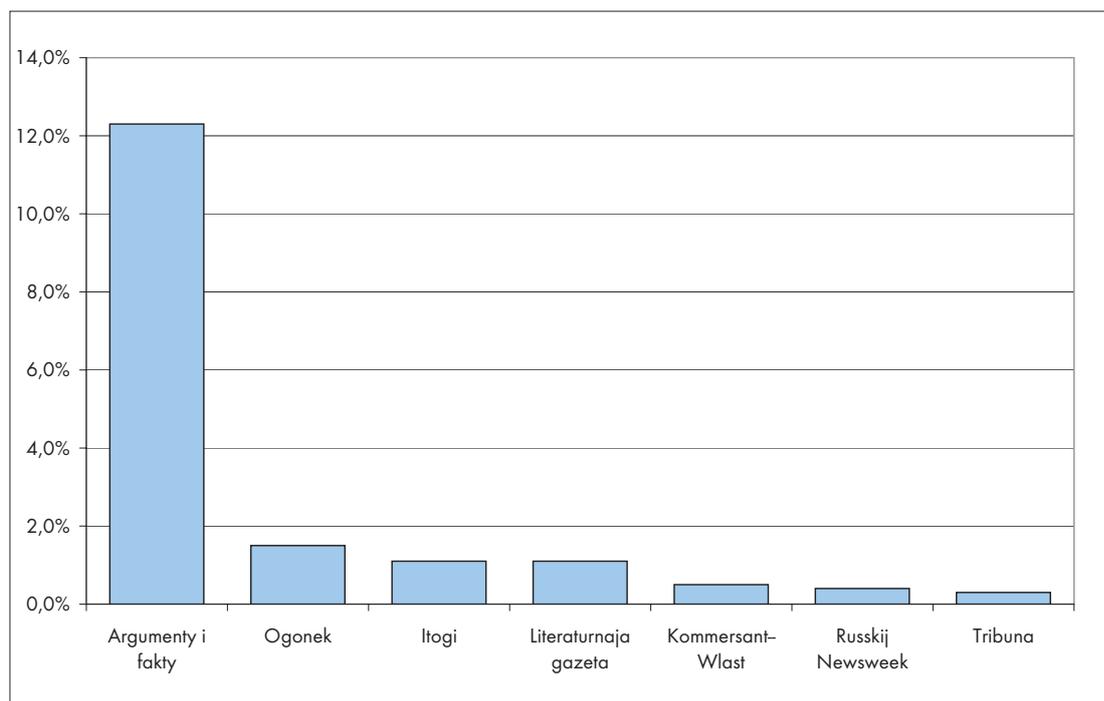
Reichweite russischer Printmedien (1. Halbjahr 2006)

Tageszeitungen



Komsomolskaja prawda	6,4%
MK	4,8%
Shisn	4,2%
Trud	1,9%
Iswestija	1,7%
Rossijskaja gaseta	1,1%
Kommersant	1,1%
Prawda	1,0%
Wedomosti	0,9%
Sowetskaja Rossija	0,9%
Nowaja gaseta	0,8%
Wremja nowostej	0,5%
Nesawisimaja gaseta	0,5%

Politisch-gesellschaftliche Wochenzeitungen



Argumenty i fakty	12,3%
Ogonek	1,5%
Itogi	1,1%
Literaturnaja gazeta	1,1%
Kommersant--Wlast	0,5%
Russkij Newsweek	0,4%
Tribuna	0,3%

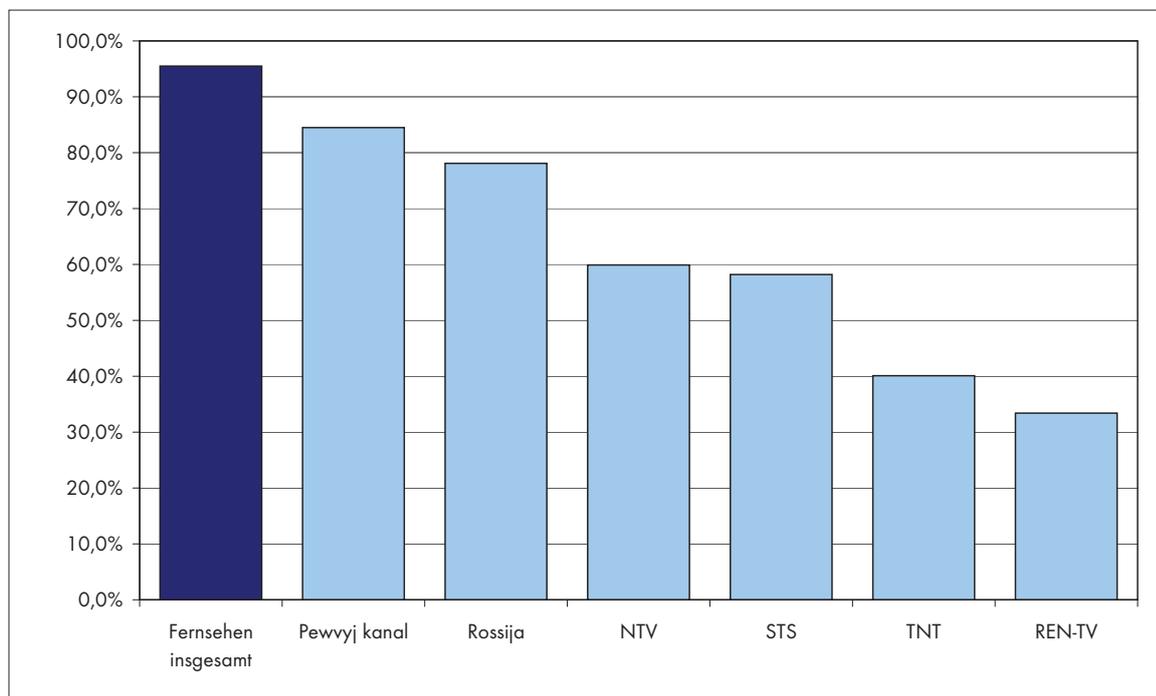
Wirtschaftszeitschriften

Ekspert	1,0%
Karjera	0,9%
Ekonomika i shisn	0,8%
Kommersant--Dengi	0,8%
Finansowaja gaseta	0,8%
Forbes	0,6%
FK-Menedsher	0,4%
Glawbuch	0,4%
Sekret firmy	0,4%
Profil	0,3%
Kompanija	0,3%

Anmerkung: Rating nach AIR (Average Issue Readership) in % der russischen Bevölkerung über 10 Jahren. Das AIR unterscheidet sich von der verkauften Auflage durch die Zahl der Leser pro verkaufter Ausgabe.

Quelle: KOMKON-Media, TGI-Russia, <http://www.comcon-2.ru/default.asp?artID=1435>

Wöchentliche Zuschauerschaft der nationalen Fernsehsender. Russland, 2. Quartal 2006



	in % der Bevölkerung über 10 Jahren
Fernsehen insgesamt	95,5%
Perwyj kanal	84,5%
Rossija	78,1%
NTV	59,9%
STS	58,2%
TNT	40,1%
REN-TV	33,4%
Kultura	20,3%
TVC	18,4%
Sport	17,2%
MUZ-TV	15,0%
Domaschnij	13,9%
MTV	12,6%
TV 3	12,3%
DTV	11,7%
7 TV	5,5%
Rambler	4,6%
RBK-TV	2,2%

Russland, Städte über 100.000 Einwohner, Zuschauer über 10 Jahren

Nach: KOMKON-Media, <http://www.comcon-2.ru/default.asp?artID=1430>

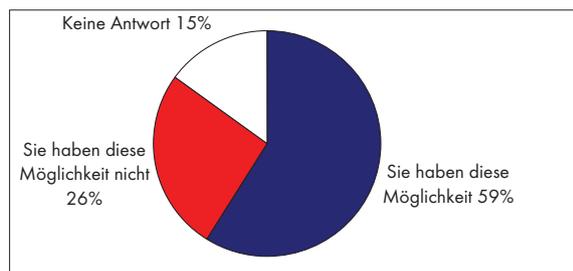
Umfrage

Der Zugang zu den Medien in der Wahrnehmung der russischen Bevölkerung

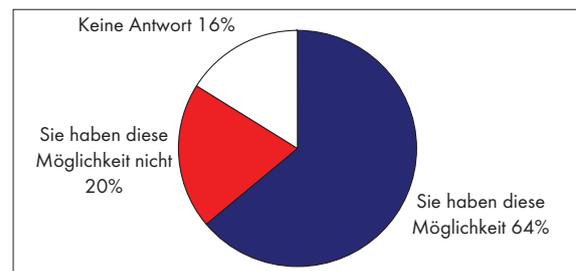
Quelle: Umfrage des WZIAM vom 7. August 2006 <http://wciom.ru/?pt=42&article=2975>

Haben die Oppositionsparteien Ihrer Meinung nach die Möglichkeit, ihre Ansichten frei in folgenden Massenmedien darzustellen:

Auf den landesweiten Fernsehsendern?

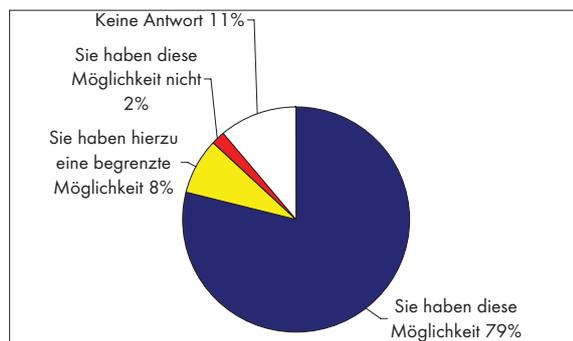


In der landesweiten Presse?

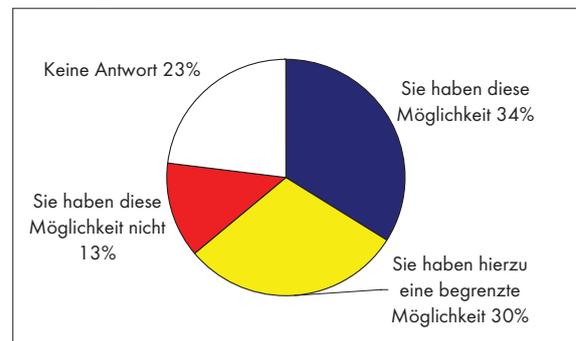


Haben Vertreter führender Oppositionsparteien die Möglichkeit, ihre Position in den landesweiten Fernsehsendern darzustellen?

Anhänger von Einiges Russland

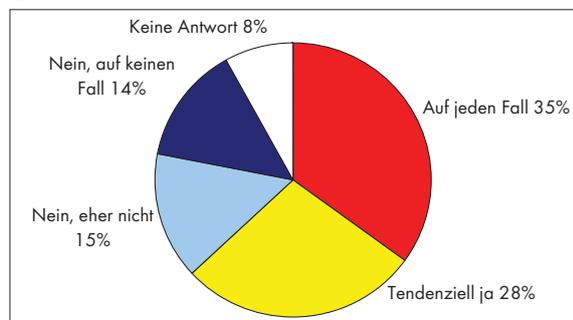


Anhänger von Jabloko

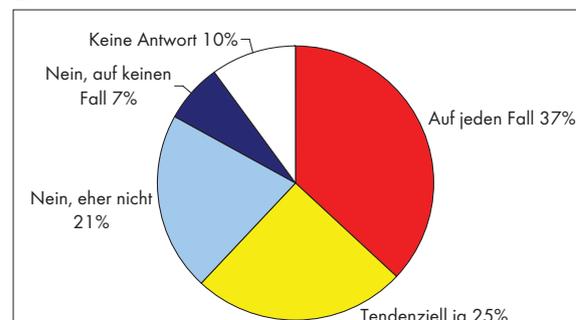


Sollte das russische Fernsehen zensiert werden?

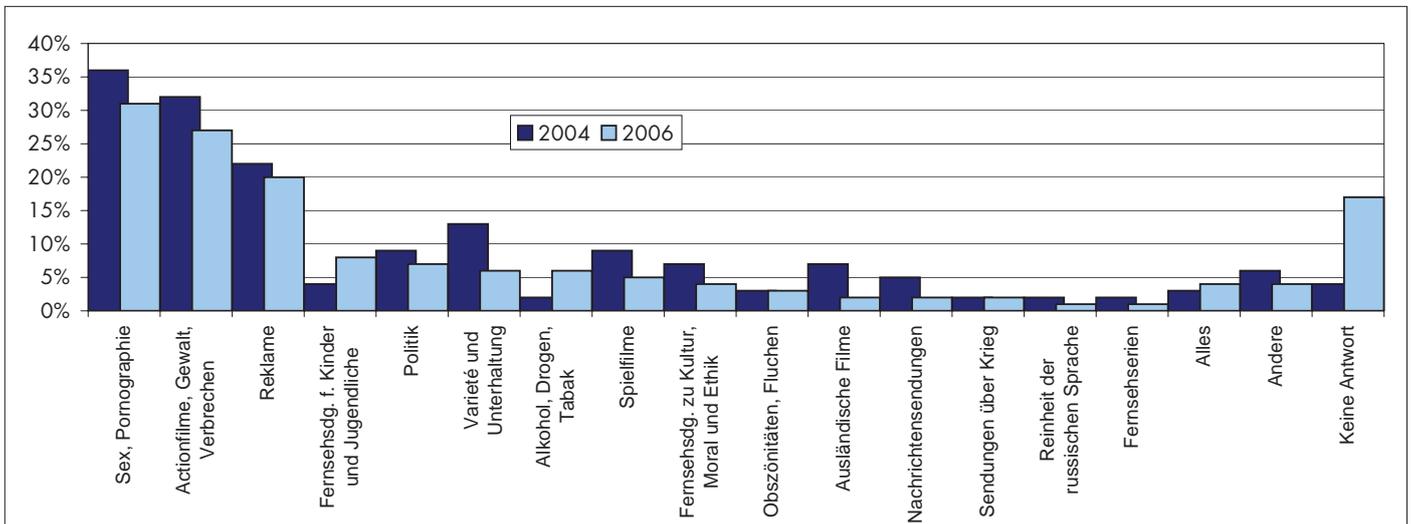
2004



2006



Wenn Sie der Meinung sind, dass das Fernsehen zensiert werden sollte, geben Sie bitte an, bei welchen Themen. (bis zu drei Antworten; in Prozent derjenigen, die meinen, dass das russische Fernsehen zensiert werden sollte)



Kommentar

Das Schwarze Mal für Journalisten

Von Grigori Pasko, Journalist, Moskau

Grigori Pasko ist ehemaliger russischer Marineoffizier und Militärjournalist für die Zeitung „Bojewaja wachta“ (Gefechtswache). 1993 filmte er, wie ein russischer Marinetanker radioaktive Abfälle und Munition im Japanischen Meer verklappte. Er berichtete auch über die Bedrohung für die Umwelt, die von der veralteten russischen Pazifikflotte und ihren Atom-U-Booten ausgeht. 1997 verhaftete ihn der FSB und beschuldigte ihn, die Absicht zu haben, geheime Informationen an einen ausländischen Journalisten weiterzugeben. Pasko verbrachte 20 Monate in Untersuchungshaft und wurde dann freigesprochen. Daraufhin eröffnete die Staatsanwaltschaft das Verfahren erneut und beschuldigte ihn dieses Mal des Amtsmissbrauches. Er wurde zu vier Jahren Haft in einem Arbeitslager verurteilt. Im Jahre 2002 lehnte er eine Begnadigung durch den Präsidenten ab, da er dazu seine Schuld hätte eingestehen müssen. Er saß zwei Drittel seiner Strafe ab und wurde dann auf Bewährung entlassen. Alle außer einer der Anklagen wegen Verrat wurden fallengelassen.

Farce der „Clowns“

Irgendwann einmal entwarf ich einen Vorschlag für eine neue russische Publikation: ein ökologisches Magazin, in Farbe, mit vielen Illustrationen, mit einer hohen Auflage und mit einer Menge Rubriken, die meiner Meinung nach für einen breiten Leserkreis von Interesse gewesen wären ... Wie jeder weiß, ist die Publikation eines Magazins eine teure Sache, darum wandte ich mich, als ich bei potenziellen Partnern für ein solches Projekt vorföhlte, insbesondere an ein Mitglied der Staatsduma. Nachdem er sich mein Projekt aufmerksam angehört hatte, sagte er: „Die Idee ist gut. Um sie zu verwirklichen, darf jedoch dein Name nirgendwo erwähnt werden: Potenzielle Sponsoren werden abgeschreckt, wenn der Chefredakteur

der betreffenden Publikation jemand ist, der bei der heutigen Obrigkeit in Ungnade gefallen ist.“ Dabei beließen wir es.

Natürlich leide ich darunter, dass ich mir mit fünf- und vierzig Jahren im heutigen Russland nicht das Recht auf einen eigenen Namen „verdient“ habe. Es geht auch nicht darum, dass mein Name für die einen ein Anlass zur Feigheit ist und für andere zur Irritation. (Es gibt ja immer noch andere Leute – das hoffe ich zumindest ...) Es geht darum, dass Journalisten in Russland schon lange zwei Gruppen zugeordnet werden können: diejenigen, die der Obrigkeit (sei es der föderalen, regionalen oder auch kleinstädtischen Ebene) nahe stehen und diejenigen, die in Opposition zu ihr stehen. Letztere werden nicht gemocht oder

bedauert, als ob sie aussätzig wären, obwohl ihre einzige „Schuld“ darin besteht, dass ihre Meinung zu den Geschehnissen um sie herum sich vom Standpunkt der Mächtigen unterscheidet. Die Obrigkeit mag keine Journalisten, die eine eigene Meinung haben. Die Obrigkeit mag diejenigen, die ihr gebannt zuhören und Positives über sie schreiben.

Manchmal erinnern sich die Hofjournalisten (anscheinend unbewusst) daran, dass es eigentlich ihre Aufgabe ist, den Leser zu informieren. Dann plaudern sie aus der Schule, schreiben die Wahrheit und zitieren die Obrigkeit wortgetreu. Dann sehen alle, dass sowohl der Kaiser als auch sein Gefolge „nackt“ sind. Als Präsident Wladimir Putin am 25. Oktober Fragen von russischen Bürgern beantwortete, sagte er über solche Journalisten: „Sie werden geschickt, um herumzuspionieren, und sie belauschen. Das ist schmutzig.“

Heutzutage führt sich die russische Obrigkeit so auf, als ob „nur ein toter Journalist ein guter Journalist ist“. Es kommt einem auch Wladimir Wysozki in den Sinn: „Entlang des Weges ist ein dichter Wald voller Hexen, am Ende dieses Weges wartet ein Schafott mit Äxten.“

In einem Artikel von Anna Politkowskaja, der nach ihrem Tod veröffentlicht wurde, heißt es: „Fast die gesamte heutige Generation russischer Journalisten und die gegenwärtigen Massenmedien sind ‚Clowns‘. Alle zusammen spielen sie die Farce der ‚Clowns‘. Ihre Aufgabe ist es, das Publikum zu unterhalten; wenn sie über ernste Themen schreiben, dann nur darüber, wie großartig die ‚Machtvertikale‘ in allen ihren Erscheinungsformen ist.“

Die Obrigkeit hat jetzt die Rolle der Journalisten in der heutigen russischen Gesellschaft endgültig definiert: es ist die Rolle einer Dienerin der Staatsmacht. Alle, die nicht damit einverstanden sind, diese Rolle zu spielen, sind Feinde dieser Obrigkeit, mit Feinden wird aber bekanntermaßen früher oder später abgerechnet. Dabei ist es unwichtig, in wessen Händen sich die Waffe befindet, mit der abgerechnet wird: Hauptsache, der unerwünschte Journalist wird zum Schweigen gebracht. Mit Anna Politkowskaja wurde radikal umgegangen: sie wurde ermordet. Mit anderen wird täglich auf die verschiedenste Art abgerechnet: Im Gebiet Swerdlowsk wurde der bekannte Journalist und Menschenrechtler Wasili Melnitschenko bei der Erfüllung von gesellschaftlichen Pflichten und Aufträgen brutal zusammengeschlagen; in Wladiwostok wird der Redakteur der Zeitung „Tschestnyj detektiv“ Viktor Bulawinzew bedroht und die Redakteurin der Zeitung „Arsenjewskie westi“ Irina Grebnjowa wurde 15 Tage in einer Unterkunft für Obdachlose festgehalten; in Perm wurde der

Fotograf (!) der einzigen Oppositionszeitung in der Stadt Wladimir Koroljow wegen der Preisgabe von Staatsgeheimnissen ins Gefängnis geworfen; kürzlich begann in Moskau das Gerichtsverfahren im Fall von Boris Stomachin, dem Autor der Website „Kawkaszentr“ und Redakteur der Zeitung „Radikalnaja politika“ ...

Die Liste der Beispiele könnte fortgesetzt werden, es gibt aber auch andere Arten, mit missliebigen Journalisten umzugehen: Viele von ihnen sind ohne Arbeit, ihre Arbeit wird nirgendwo veröffentlicht oder sie sind genötigt, unter Pseudonymen zu publizieren. So ist die Freiheit des Wortes *à la* Putin. Das bedeutet, dass Menschen, deren Beruf in entwickelten und zivilisierten Ländern wichtig und nötig für die Entwicklung der Demokratie ist, in Russland soziale Außenseiter sind, wo ihrer Profession fast ein Stigma anhaftet, eine Art von „Schwarzem Mal“.

Die Affäre Koroljow

Meiner Meinung nach ist der Fall von Wladimir Koroljow, Fotograf des „Permski obosrevatel“, sehr typisch für diese Art von Verfolgung. Der Rechtsanwalt Karen Nersisjan ist der Ansicht, dass Koroljow als Zielscheibe ausgewählt wurde, um die einzige Insel der Unabhängigkeit in Perm, die Zeitung „Permski obosrevatel“, anzugreifen. „Sie möchten die Zeitung haben“, sagte Nersisjan auf einer Pressekonferenz in Perm. „Alle Sicherheitsbehörden des Krai haben sich mit schweigender Zustimmung der Regionalverwaltung das Ziel gesetzt, die Zeitung um jeden Preis zu vernichten“.

Ich möchte ein Beispiel anführen, damit der Leser eine deutlichere Vorstellung von den Vorgängen in Perm erhält. Der „Permski obosrevatel“ leitete eine Unterschriftenaktion ein, die den Rücktritt des Gouverneurs des Permski krai Oleg Tschirkunow zum Ziel hatte. Die Antwort Tschirkunows auf die Frage eines Reporters des örtlichen Fernsehsenders zur Affäre Koroljow war fast schon ein Freud’scher Versprecher: Er sagte nicht „der Fall Koroljow“, sondern „der Fall Grinberg“; der Geschäftsmann Igor Grinberg, Eigentümer des „Permski obosrevatel“, ist jedoch in keiner Weise in die Affäre Koroljow verwickelt, nicht einmal als Zeuge.

Offiziell wird Wladimir Koroljow, ein ehemaliger Polizeioffizier, beschuldigt, gegen selten angewandte Paragraphen des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben: das Sammeln von Informationen über das Privatleben von Bürgern ohne deren Einverständnis und das Sammeln und die Preisgabe von Informationen, die Staatsgeheimnis sind – Beamte von lokalen Dienststellen des Innenministeriums

und des Inlandsgeheimdienstes FSB hatten Daten über örtliche Prominenz auf beschlagnahmten Redaktionscomputern gefunden. Ein journalistisches Dossier wurde als Information über das Privatleben von Bürgern dargestellt. Koroljow wurde ins Gefängnis geworfen. Warum gerade Koroljow? Er ist der einzige Mitarbeiter der Zeitung, der früher einmal, vor ungefähr 10 Jahren, Polizist war. Die Anklage scheint der Meinung zu sein, dass es leichter wäre, ihn zu brechen und dazu zu zwingen, Grinberg zu verleumden.

Der Rechtsanwalt Karen Nersisjan sagte dazu Folgendes: „Ihm wird ein inoffizieller und illegaler Deal vorgeschlagen: Er soll Igor Grinberg bezichtigen, um dessen Zeitung zu zerstören, dafür erhält er seine Freiheit und weitere Vorteile. Es gereicht meinem Mandanten zur Ehre, dass er nicht eingewilligt hat; er hat hierzu eine Petition geschrieben. Ihm ist klar, dass man so nicht leben kann: Er hat eine Tochter und er denkt nicht nur an seine Zukunft, sondern auch an die der Kinder.“

Koroljow sitzt seit September dieses Jahres im Gefängnis. Er wird nicht verhört. Die Akten des Falles tragen den Stempel „streng geheim“ – das erste Anzeichen dafür, dass die Anklage erfunden ist und aus juristischer Sicht faul. (Zur Koroljow-Affäre siehe auch die Dokumentation unten)

Postskript

Seinerzeit musste ich aufgrund einer vom FSB gefälschten Anklage ins Gefängnis gehen. Auch ich kenne das Arsenal der Druckmittel, die FSB, Untersuchungsgefängnis und anderen so genannten Sicherheitsbehörden zu Verfügung stehen, nur allzu gut. Wenn die Repressionsmaschinerie gegen einen Menschen in Gang gesetzt wird, agiert sie im Namen des Staates, mit einem großen Maß an Koordination aller so genannten Rechtsschutzorgane (Staatsanwaltschaft, Gerichte, Innenministerium, FSB, usw.) und unwiderruflich; d.h., diese Maschine wird nicht anhalten, selbst wenn man das Unmögliche annimmt, nämlich, dass es einen ehrlichen und anständigen Menschen gibt, der in diesem Fall involviert ist und der sich gegen die illegale Verfolgung eines Unschuldigen wendet. Der ehrliche Mensch wird durch einen unehrlichen ersetzt werden, und der „Anklagemoloch“ wird weiterrollen.

Es wird sehr schwer sein, Koroljow aus dem Gefängnis herauszuholen. Es gibt eine Hoffnung, die auf Widerstand seitens der Journalisten und auf Hilfe durch die Gesellschaft. Vorläufig aber baut sich die Opposition erst auf.

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Dokumentation

Stellungnahmen zur Koroljow-Affäre

Aus den Publikationen der Zeitung „Permski obosrevatel“

„... in unseren Artikeln und Comics kritisieren wir unsere nicht immer ganz unschuldigen Permer Beamten und zerstören das aufgeblasene „attraktive Image“ der Region, indem wir nicht die erfundene Realität der Permsker Obrigkeit zeigen, sondern die Realität so wie sie ist, auch wenn sie nicht immer angenehm ist. Die Zeitung stört die zweifelhaften Geschäfte des Gouverneurs, des Bürgermeisters und ihrer Umgebung. Die jetzige Obrigkeit in Perm besteht aus knallharten Pragmatikern, die nach dem Gesetz eines wilden Kapitalismus leben. Eines ihrer wichtigsten Gesetze lautet: ‚Bei Geschäften gibt es weder Freunde noch Feinde, es gibt nur vorübergehende Beziehungen.‘

Wir haben Grund zu der Annahme, dass Gouverneur Tschirkunow den Beamten der Sicherheitsbehörden, die unsere Zeitung angreifen, den Rücken stärkt.“

Zitate aus dem Fernsehauftritt von Gouverneur Oleg Tschirkunow am 8. Oktober 2006:

„Nur der Herrgott kann sagen, was passiert und wann es passiert. Was ist ein Massenmedium? Meiner Meinung nach ... ist das so eine Art von Einrichtung, um ungehindert Informationen zu verbreiten. ... Es geht hier um etwas anderes. Sie alle (die unabhängigen Massenmedien – *Anm. des Übersetzers*) versuchen darüber hinaus, die öffentliche Meinung zu prägen. Damit sind sie aber keine Massenmedien mehr, sondern ein politisches Instrument.“

Aus der Petition von Wladimir Koroljow

an die Staatsanwaltschaft, den FSB und die Hauptverwaltung für Inneres des Permski krai und an die Strafkammer des Permer Oblastgerichtes: „... meine Haft ist für die Untersuchung meines Falls nicht notwendig, sondern ein

Instrument, um mich zu nötigen, den Eigentümer der Zeitung „Permski obosrevatel“ I.A. Grinberg zu verleumden. ... Die Beamten, die mit der Untersuchung meines Falls befasst sind, versuchen über einen längeren Zeitraum mich mit den Mitteln von Zuckerbrot und Peitsche dazu zu drängen. Es geht darum, dass die Zeitung „Permskii obosrevatel“ die einzige unabhängige Quelle für wahrheitsgetreue Informationen zur Lage im Permski kraj ist. Das ist der wahre Grund, warum gegen mich so viele absurde Strafverfahren eingeleitet worden sind. ... Sie wissen auch, dass ich mehr als 25 Jahre lang treu in den Organen des Innenministeriums gedient und den Rang eines Majors erreicht habe.

Ich bin sicher, dass dies sowohl die Beamten, die meinen Fall bearbeiten, als auch die Gefängnisverwaltung wissen. Meine hartnäckige Weigerung, Grinberg, die Zeitung und mich selbst zu verleumden, führte dazu, dass ich, ein ehemaliger Beamter des Innenministeriums, in einer Zelle mit Personen, die gewöhnlicher Verbrechen bezichtigt werden, untergebracht wurde. Ich verbrachte vier Tage in einer Zelle mit minderjährigen Häftlingen. Man muss keine besondere Phantasie besitzen, um sich auszumalen, was ich durchmachen musste...“

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Analyse

Das russische Internet: Insel der Meinungsfreiheit und Zivilgesellschaft

Dmitry Vinogradov, Moskau

Zusammenfassung

Da die Pressefreiheit in den traditionellen Medien unter Druck geraten ist, das Parteiensystem nur schwach entwickelt ist und die Regierung Demonstrationen und andere öffentliche Proteste häufig verhindern will, ist das Internet in Russland eine kleine Insel der Redefreiheit. Jetzt aber erwägt die Regierung, ihre Kontrolle auch über diesen Bereich zu verstärken. Berechtigt ist allerdings auch die Sorge, dass Radikale aktiv das Internet benutzen, um ihre Ideen zu propagieren und neue Anhänger anzuwerben.

Das Internet als Massenmedium und Geschäftsfeld

Sieben Prozent der erwachsenen Russen benutzen laut ROMIR Monitoring das Internet jeden Tag. Innerhalb eines Monats begeben sich 22 Prozent der Russen über 16 Jahre auf die Datenautobahn. Dies bedeutet eine Verdoppelung innerhalb von drei Jahren.

Der Suchmaschine Rambler zufolge besuchen jeden Tag 20.000 bis 50.000 Menschen die Websites von politischen Parteien und Bewegungen. Diese Websites liefern alternative Informationen, da die großen Fernsehsender 90 Prozent ihrer politischen Berichterstattung der Regierung und der Regierungspartei „Jedinaja Rossija“ widmen (siehe auch den Artikel von Robert Ortung in dieser Ausgabe der Russlandanalysen).

Nachrichten-Websites und Internetmedien spielen eine wichtige Rolle im russischen Internet. Gazeta.ru z.B. stellt sich als Zeitung im Internet dar: Sie bringt Analysen, Interviews und alle weiteren typischen Elemente einer Zeitung. Die Site lenta.ru spezialisiert sich auf die Wiedergabe von Meldungen der Nachrichtenagenturen und anderer Quellen. Newsru.com, die ehemalige Site des Fernsehsenders NTV, konzentriert sich auf die Veröffentlichung einer Vielzahl von Fotos.

Internetsites, die sich einen guten Ruf in der virtuellen Welt erarbeitet haben, expandieren jetzt off-line, so haben z.B. die Wirtschaftsnachrichtensite Rozbiseskonsalting (RBK, www.rbc.ru) und das Portal Rambler ihre eigenen Fernsehsender ins Leben gerufen. Darüber hinaus publiziert RBK eine Tageszeitung für Wirtschaftsnachrichten, was ein relativ teures Projekt ist. Mit einer Kapitalausstattung von ca. 1 Mrd. US-Dollar wird das Portal Yandex.ru als das teuerste russische Internetprojekt angesehen. Yandex hat noch nicht begonnen, in off-line Projekte zu investieren.

Das Internet ist der einzige Bereich der russischen Medien, in dem russische oppositionelle Oligarchen, die von Präsident Putin aus der Politik verdrängt worden sind, ihre Position halten können. Boris Beresowskij, der sich zur Zeit in London aufhält, besitzt die Nachrichtensite Grani.ru. Wladimir Gusinskij, der jetzt in Israel lebt, besitzt newsru.com und mehrere israelische russischsprachige Sites, die auch in Russland gelesen werden. Gazeta.ru soll Leonid Newslin, einem der Partner von Michail Chodorkowskij nahe stehen. Newslin hat sich in Israel vor den russischen Behörden in Sicherheit gebracht.

Oligarchen, die Putin gegenüber loyal sind, sind nicht im Internet aktiv und haben kein Interesse

an neuen Sites ausgedrückt, beteiligen sich jedoch daran, Kunden und dem Internetfernsehen einen Internetzugang zu ermöglichen.

Nachfolger von Samizdat und sowjetischer Küche

Das Internet hat die Funktionen der Institutionen einer demokratischen Gesellschaft übernommen, an denen „off-line“ ein akuter Mangel herrscht, insbesondere die Funktionen von Zivilgesellschaft und Medien. Während ein Großteil der Bevölkerung gleichgültig auf diesen Mangel reagiert, haben Politiker und Menschenrechtsaktivisten in Blogs und Internetforen Zuflucht gefunden, wo sie Meinungen über aktuelle Ereignisse austauschen und Verbündete sowie Gegner finden.

„Die Politik verlässt [das richtige Leben] nicht, um ins Internet zu gehen, sie ist dorthin verjagt worden“, meint Alexei Nawalnyj, Pressesprecher der Partei Jabloko, der ein eigenes Blog hat.

„Das Internet gewinnt an Stärke und Einfluss. Nichtsdestotrotz repräsentiert es nicht alle sozialen Schichten, sondern nur den fortschrittlichsten Teil der Bevölkerung“, erklärt Dmitri Oreschkin, Chef der Merkator-Gruppe. Maxim Kononenko, ein Blogger und Internetjournalist mit engen Verbindungen zum Kreml, behauptet, dass die gesamte politische Diskussion in Russland heute im Internet stattfindet, vor allem in Blogs. Er betont jedoch, dass das Internet immer noch ein schlechtes Mittel ist, um den Massen Ideen vorzustellen. Er behauptet, dass durch das Internet gerade einmal die Meinungen von zwei Prozent der Wähler beeinflusst werden können und dass diese Menschen hauptsächlich in Moskau und St. Petersburg ansässig sind.

Manche haben die heutigen Blogs mit der sowjetischen Küche verglichen. In der ehemaligen UdSSR war es unmöglich, politische Themen in den Medien oder in der Öffentlichkeit zu diskutieren, so dass die Intelligenzija diese Fragen zuhause besprach, gewissermaßen im Untergrund. Jetzt kehren diese Zeiten zurück. Andere haben Blogs mit den politischen und literarischen Salons verglichen, die zu Anfang des 20. Jahrhunderts in St. Petersburg und Moskau gehalten wurden.

Politische Netzwerke

Die jetzigen Blogs vertreten Ansichten, die über das gesamte politische Spektrum reichen: Liberale, Unterstützer Putins, Nationalisten und Linke. Es gibt jedoch wenig konstruktive Interaktion zwischen ihnen, was vielleicht daran liegt, dass es keine russische Tradition eines politischen Dialogs gibt. Normalerweise

degeneriert die Diskussion eines wichtigen Themas schnell zu einer Flut von Beleidigungen und Anschuldigungen, dass der Vertreter einer anderen Meinung ja ein Handlanger des Kreml, gefallener Oligarchen, Amerikas oder der zionistischen Weltverschwörung sei, je nach den Überzeugungen des Anklägers.

Ein offensichtlicher Unterschied zwischen den heutigen Blogs und den Küchengesprächen der Sowjetunion besteht darin, dass letztere auf einem viel höheren Niveau gehalten wurden. Ein weiterer Unterschied ist, dass die Blogs und Internetforen ein Netzwerk von Küchen sind. Soziologen haben darauf hingewiesen, dass Blogs und spezialisierte Internetforen eine unvorhergesehene Auswirkung hervorgebracht haben. Isolierte Radikale, ob links, nationalistisch, oder ökologisch, haben begonnen, einander aktiv zu suchen. Früher waren sie alleine oder mussten neue Mitglieder unter ihren Freunden anwerben, indem sie traditionelle und selten wirksame Methoden der Agitation anwandten, die leicht von der Polizei aufgedeckt werden können. Jetzt können sie durch das Internet Gesinnungsgenossen finden, die bereit sind zu handeln.

So wurde die Bombe, die am 21. August auf dem Tscherkisowskij-Kleidermarkt in Moskau explodierte und die 10 illegale asiatische Einwanderer tötete und weitere 40 verletzte, von Nationalisten gelegt, die sich im Internet kennen gelernt hatten. Die drei Täter waren Studenten an angesehenen Moskauer Universitäten, darunter ein Chemiestudent. Sie benutzten ihr Wissen, um eine Bombe mit einer Sprengkraft von 1,5 Kilogramm TNT zu basteln. Der Chemiestudent hatte die Pläne für die Bombe im Internet gefunden.

Wladimir Lenin nannte einst die Parteipresse eine „Agitatorin und Organisatorin“ und legte dar, dass eine Zeitung zum Organisationszentrum für eine Partei werden könnte. Dank Blogs gibt es jetzt demokratische Jugendbewegungen wie Oborona, Da! und Ja dumaju. Die jungen Putin-Gegner, die diese Gruppen organisieren, fanden Gleichgesinnte durch ihre Blogs. Organisatoren haben Blogs benutzt, um Menschenmengen für verschiedene Demonstrationen der Opposition zusammen zu bringen: zur Unterstützung des Soldaten Andrei Sytschow und gegen Verteidigungsminister Sergei Iwanow; gegen die Verfolgung von russischen Bürgern georgischer Abstammung; zur Unterstützung des linken Marsches der Antikapitalismus-Organisation (am 1. Oktober 2006); und zur Unterstützung des Russischen Marsches (am 4. November).

Eine weitere interessante Initiative ist „Debaty“: Einmal im Monat treffen sich Mitglieder dieser Gruppe in einem Moskauer Klub, um ein aktuelles

politisches Thema zu diskutieren. Meistens sind die Diskussionsteilnehmer, die Jury und das Publikum alle Blogger. Mitglieder der Jury sind Blogger mit 1.000 „Freunden“ (Lesern).

Manchmal ersetzen Blogs die traditionellen Medien, die entweder streng zensiert oder einfach nicht rechtzeitig genug sind. Blogger, die nahe bei schlagzeilenträchtigen Ereignissen leben, werden sehr viel schneller als Journalisten zu Zeugen oder sogar Teilnehmern an diesen Ereignissen. (Ein ähnlicher Prozess findet im Westen statt, man denke nur an die Blogs über New Orleans oder von Soldaten, die im Irak oder in Israel kämpfen).

In Russland war der berühmteste Fall der ethnische Konflikt in Kondopoga, in der russischen Region Karelien, Ende August 2006. Die ersten Nachrichten und Fotos der Ereignisse erschienen in den Blogs von Bürgern dieser Stadt und auf dem Internetforum der Website der Stadt. Experten behaupten, dass in diesem Fall Blogs wie der traditionelle sowjetische Samizdat, der traditionelle Untergrund und im Eigenverlag erschienene Ausgaben von verbotener Literatur funktionieren.

„Live Journal“

Die beliebteste Website in Russland für Blogs ist livejournal.com, wegen ihres benutzerfreundlichen Interface und weil sie als US-amerikanische Firma nicht unter russische Kontrolle fällt. Russen nennen die Site „Shiwoj shurnal“; sie ist sehr viel beliebter als russische Blogsites wie z.B. diary.ru, liveinternet.ru und die Abteilung für Blogs auf mail.ru.

Mehr als 300.000 russische Blogs sind bei livejournal.com registriert, ungefähr die Hälfte aller Blogs in Russland. Wie der Gründer der Site Brad Fitzpatrick bei einem Besuch in Moskau erklärte, sind in den USA die meisten Benutzer der Site Teenager und junge Leute. Er war überrascht, dass die Site in Russland bei Erwachsenen beliebt ist, von denen viele weit über die Grenzen des Internet hinaus populär sind. Zu den Livejournal-Bloggern gehören die Schriftsteller Sergei Lukjanenko und Viktor Schenderowitsch, die Politiker Nikita Belych, Walerija Nowodworskaja und Irina Chakamada, viele Mitglieder der Staatsduma, der Direktor des Institutes für Globalisierungsstudien Michail Deljagin und andere. Manchmal müssen Prominente ihre Blogs löschen, wenn sie eine offizielle Position annehmen.

Im Oktober 2006 wurde die russische livejournal-Community von einem Skandal erschüttert, als die Firma die Rechte zur Wartung des kyrillischen Teils der Site, der Russland, Bulgarien und die Mongolei betrifft, verkaufte. Der kyrillische Teil von live-

journal wird jetzt für kommerzielle Zwecke von Sup benutzt werden, einer Firma, die von dem russischen Oligarchen Alexander Mamut und Andrew Paulson, einem russischen Geschäftsmann amerikanischer Herkunft, gegründet wurde.

Die Besitzer haben Anton Nosik, einen bekannten russischen Internetunternehmer und Blogger, der viele russische und israelische Nachrichtensites geschaffen hat, eingeladen, die neue Firma zu leiten. Er hat angekündigt, dass er ein besonderes Russian Abuse Team ins Leben rufen wird, welches jegliche Rechtsverletzungen auf der livejournal.com-Site verfolgen wird. Insbesondere will er gegen extremistische Propaganda vorgehen. Diese Ankündigung wurde als Androhung von Zensur gesehen, obwohl Nosik als ausgewiesener Liberaler gilt. Mehrere nationalistische Blogger haben als Zeichen des Protestes bereits ihre Tagebücher von livejournal.com entfernt.

Viele Beobachter haben darauf hingewiesen, dass, wenn livejournal.com der typischen Redefreiheit (auch für Radikale) beraubt wird, viele Blogger abwandern werden, womit Mamut und Paulson auch ihre Investitionen verlieren würden. Der berühmte russische Fantasyautor Sergei Lukjanenko (Blogger doctor_livsy auf livejournal.com) ist der Meinung, dass, „wenn die neuen Besitzer die Nutzungsbedingungen von livejournal.com verschlechtern, sowohl in Hinblick auf den Service als auch auf Gebühren oder Zensur, der russische Sektor von livejournal.com sterben wird. Er wird dann in neuer Gestalt an anderer Stelle wieder auferstehen. Livejournal besteht aus den Usern, nicht aus dem Server, der Software oder den politischen Ansichten einzelner Leute“.

Der Kreml geht online

Im letzten Jahr erkannte der Kreml die Bedeutung des Internet, um junge Leute und die Mittelklasse, die in Büros arbeitet und die meiste Zeit „on-line“ ist zu beeinflussen; daher eröffnete er Internetmedien, die dem Kreml gegenüber loyal sind, vor allem die Internetzeitung Wsgljad (vz.ru). Es gibt auch neue Sites für junge Leute wie z.B. yoki.ru, die besonders als Gegenpropaganda gegen junge Oppositionelle gedacht sind.

Auch die kremlnahen Jugendgruppen Naschi, Rossija molodaja und Molodaja guardija haben ihre eigenen Sites eröffnet. Dabei sticht die Site von Molodaja guardija, der Jugendorganisation von „Einiges Russland“, durch ihre Aggressivität hervor. Gegenüber Vertretern der Opposition verwendet sie Slang und Schimpfwörtern. Außerdem haben Aktivisten dieser Gruppe von ihrer Führung Instruktionen erhalten, dort, wo bisher nur Oppositionelle aktiv waren, Internettagebücher zu eröffnen und sich aktiv an

Blogs zu beteiligen.

Staatliche Kontrollversuche

Darüber hinaus haben die Behörden durch Zensur und Vollzugsbehörden den Druck auf das Internet erhöht. Die ersten Skandale gab es dieses Jahr. Früher wussten die Behörden nicht, wie sie mit dem Internet umgehen sollten. Beamte und Vollzugsbehörden hatten kaum Zugang zum Internet. In den Geheimdiensten gab es keine Unterabteilung, die sich mit dem Internet beschäftigte.

Die Lage änderte sich während des „Karikaturenskandals“ am Anfang des Jahres, als den Islam beleidigende Karikaturen in Dänemark und in anderen Ländern veröffentlicht wurden, was zu gewalttätigen Protesten in islamischen Ländern führte. Die russischen Behörden, die von jeher muslimische Unruhen fürchten, nahmen eine strenge Haltung gegen jede Publikation an, die als Beleidigung der religiösen Gefühle von Muslimen angesehen werden könnte, so schloss z.B. ein Internetprovider eine russische Website, die die dänischen Cartoons veröffentlicht hatte, auf Anfrage des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB. Darüber hinaus forderte der FSB die Karikaturesite caricatura.ru und die Nachrichtensite Pravda.ru auf, die Karikaturen von ihren Internetseiten zu entfernen. Pravda.ru kam der Aufforderung des FSB nach, ging aber aus Protest für zwei Tage off-line. Im Gegensatz dazu antworteten die Redakteure von caricatura.ru dem FSB, dass sie die Karikaturen nur auf eine richterliche Verfügung hin entfernen würden, woraufhin nichts geschah.

Die Nachrichtensite gazeta.ru erhielt eine Mahnung vom Föderalen Dienst zur Beaufsichtigung der Einhaltung von Gesetzen im Bereich von Massenkommunikation und der Bewahrung des kulturellen Erbes (Rosochrankultura), da sie die Karikaturen veröffentlicht hatte. Den russischen Mediengesetzen zufolge verliert eine Publikation, die zwei Mahnungen erhält, ihre Lizenz und muss den Betrieb einstellen. Außerdem versuchte Rosochrankultura auf gerichtlichem Wege die Schließung einer Site im Altai, Bankfaks, zu erreichen, da ein User Materialien, die Muslime beleidigten, auf einem der Foren der Site gepostet hatte. Das Gericht im Altai lehnte den Antrag ab.

Im Laufe des Jahres ist das Interesse der Behörden am Internet nicht geringer geworden. In Kaliningrad veröffentlichte ein örtlicher Journalist auf seinem Blog auf Livejournal.com einen Artikel über Korruption in der Polizeiführung. Die Zeitung, bei der dieser Journalist arbeitet, hatte sich geweigert, den Artikel zu veröffentlichen. Es kam zum Skandal, als die

Polizei versuchte, den Journalisten zu finden und ihn zu zwingen, den Artikel aus dem Internet zu entfernen. Die Polizei verhörte sogar einige Journalisten von anderen Publikationen, konnte den Autor des skandalösen Artikels aber nicht identifizieren.

Im Oktober verurteilte das Stadtgericht von Iwanowo Wladimir Rachmankow, den Redakteur der Kursiv-Site, zu einer Geldstrafe von 20.000 Rubeln für die Beleidigung von Präsident Putin, da Rachmankow den Präsidenten das „phallische Symbol Russlands“ genannt hatte. In einem Artikel mit dieser Überschrift beschrieb Rachmankow Putins Rede zur Lage der Nation, in der Putin Russlands demographische Nöte durch ein Anheben der Geburtenrate lösen wollte. Einen Tag, nachdem der Artikel erschien, eröffnete der Staatsanwalt des Gebietes Iwanowo ein Verfahren gegen Rachmankow wegen der Beleidigung eines Vertreters der Behörden nach Artikel 319 des Strafgesetzbuches. Die Behörden beschlagnahmten die Computer der Redaktion der Kursiv-Website und die Site stellte den Betrieb ein.

Im neuesten Skandal ist in Nowosibirsk ein Gerichtsverfahren gegen Taras Selenjak, einen Geschäftsmann ukrainischer Herkunft, eröffnet worden. Er postete eine Mitteilung auf einem ukrainischen Forum, die ethnische Russen beleidigte und behauptete, dass Ukrainer ihnen überlegen seien. Einer der Leser des Forums beschwerte sich bei Selenjaks Interprovider Perwaja milja, der seinerseits die Materialien an den Nowosibirsker FSB weiterleitete. Die Tatsache, dass Selenjak die Mitteilung auf einen ukrainischen Server gepostet hatte, störte die russische Polizei nicht.

Ausblick

Kürzlich haben sich verschiedenen Stimmen für klare Regeln für die Sphäre des Internet ausgesprochen, die regulieren würden, was dort erlaubt ist. Zur Zeit bereiten Mitglieder der Staatsduma einen Gesetzesentwurf vor, der eine Publizierung von Material im Internet mit einer Publizierung in den traditionellen Medien gleichsetzen würde. Wenn ein solches Gesetz angenommen wird, würden Straf- und Verwaltungsgesetzbuch für das Internet gelten, und jegliche kritische Bemerkung könnte dann als Beleidigung oder Verleumdung definiert werden.

Am 26. Oktober wandten sich die Leitungen des Innenministeriums und der Staatsanwalt mit dem Argument, den Extremismus zu bekämpfen, an die obere Kammer des Parlaments, den Föderationsrat, mit der Bitte, Besitzer von Internetsites für Informationen, die auf ihren Sites veröffentlicht werden, rechtlich verantwortlich zu machen. Der Stellvertretende

Staatsanwalt Viktor Grin erklärte den Senatoren, dass „ein extremes Bedürfnis existiert, legislative Normen zu erarbeiten, die es ermöglichen, die Arbeit von Internetsites, die Terrorismus und gewalttätigen Extremismus propagieren, zu blockieren“.

Auch Verteidiger der Menschenrechte sind über die mangelnden Vorschriften im Internet besorgt. Alexander Brod, Direktor des Moskauer Büros für Menschenrechte, befürwortet Änderungen des Extremismugesetzes, damit Internetsites von Extremisten bekämpft werden können. „Dies ist

Über den Autoren:

Dmitry Vinogradov ist Journalist für gazeta.ru und Redakteur von tayga.info.

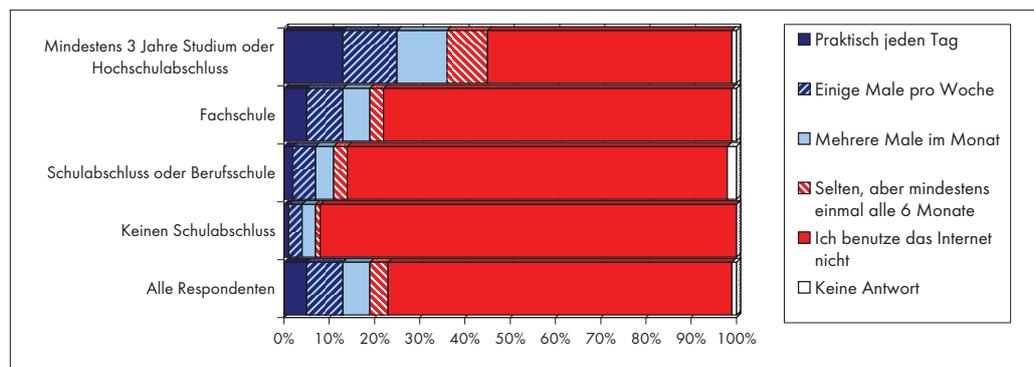
Lesetipp:

Henrike Schmidt, Georg Butwilowski, Katy Teubner: „Vom Klub zum Massenmedium? Das russische Internet als Ort intellektueller Debatten und politischen Engagements“, S. 10–16, *kultura* 1/2005, http://www.forschungsstelle-osteuropa.de/con/images/stories/pdf/kultura/kultura_1.pdf

keine Zensur oder Verletzung von demokratischen Normen, sondern eine Garantie der Sicherheit und Einheit Russlands.“ Er verwies auf die Sites, die von den Organisatoren des Russischen Marsches am 4. November online gestellt wurden. „Diese Sites publizieren auch radikale nationalistische Materialien und wir müssen über gesetzliche Vorschriften für diese Sites nachdenken.“ Seinen Daten zufolge gibt es mehr als 800 nationalistische Sites im russischen Internet.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Benutzen Sie das Internet; wenn ja, wie oft?



Warum benutzen Sie das Internet?

(beliebige Anzahl von Antworten, in Prozent derjenigen, die das Internet benutzen)

	Alle respondenten	Einkommen für jedes Familienmitglied, in Rubeln			
		Bis zu 1,500	1,501 – 3,000	3,001 – 5,000	5,001 und mehr
Um über Nachrichten und Ereignisse in Russland und der Welt auf dem Laufenden zu bleiben	44%	19%	29%	41%	52%
Für Arbeit und Ausbildung	77%	69%	71%	78%	78%
Um E-Mail zu benutzen	44%	44%	31%	50%	54%
Um Musik zu hören und Filme anzuschauen	20%	25%	13%	17%	19%
Für Computerspiele	11%	–	10%	4%	9%
Um mir Sites mit erotischen Inhalten anzuschauen	3%	–	–	2%	5%
Um mit anderen Usern in Foren, Chatrooms usw. Kontakt aufzunehmen	20%	13%	8%	17%	27%
Um Freunde und Menschen mit ähnlichen Interessen zu finden	9%	–	6%	4%	15%
Anderes	1%	–	2%	2%	3%
Keine Antwort	1%	–	2%	–	–

Quelle: Umfrage des WZIAM vom 9. Oktober 2006

http://wciom.ru/novosti-analitika/press-vypuski/press-vypusk/single/3329.html?tx_ttnews%5BbackPid%5D=1&cHash=50f5a2681e

Chronik

Vom 9. bis zum 16. November 2006

9.11.2006	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt die russische Regierung dazu, tschetschenischen Familien wegen der Ermordung von Angehörigen durch staatliche Sicherheitskräfte Schmerzensgeld in Höhe von fast 160.000 Euro zu zahlen.
9.11.2006	Putin ernennt Verteidigungsminister Sergej Iwanow zum Vorstandsvorsitzenden der Vereinten Flugzeuggesellschaft (OAK), die im Februar gegründet wurde und sich zu 75% in staatlicher Hand befindet.
9.11.2006	Der Oberste Gerichtshof hebt den Freispruch für die Angeklagten im Fall des Mordes an dem amerikanischen Journalisten Paul Khlebnikov auf und verweist das Verfahren an das Moskauer Gericht zurück.
10.11.2006	Marschall Igor Sergejew, ehemaliger Verteidigungsminister, stirbt im Alter von 68 Jahren an einer schweren Krankheit.
12.11.2006	In der nicht anerkannten Republik Südossetien, die völkerrechtlich Teil Georgiens ist, wird Präsident Eduard Kokoiti mit 96% wiedergewählt. Ein Referendum für die Unabhängigkeit der Republik ergibt 99% Zustimmung. Gegner Kokoitis wählen in einem eigenen Wahlverfahren Dmitrij Sanakojew zum Präsidenten. Er erhält 88% der Stimmen. Die OSZE bezeichnet die Wahlen als „unnötig, nicht hilfreich und unfair“.
12.11.2006	Ein siebzehnjähriger Tschetschene wird auf dem Rückweg vom Judotraining an der Moskauer Metrostation Retchnoj woksäl von Unbekannten erstochen.
13.11.2006	Die polnische Außenministerin Anna Fotyga weigert sich, der EU-Kommission ein Mandat für die Aushandlung eines neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Russland zu erteilen. Die polnische Regierung will Verhandlungen mit Russland erst zustimmen, wenn Moskau Importbeschränkungen für polnische Agrarprodukte aufhebt und die Europäische Energie-Charta ratifiziert.
13.11.2006	Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch legt einen Bericht vor, der feststellt, dass sowohl Sicherheitskräfte, die dem tschetschenischen Ministerpräsidenten Ramsan Kadyrow unterstehen, als auch Angehörige des russischen Innenministeriums systematisch Gefangene foltern.
13.11.2006	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass das bisher rein militärische Satelliten-Navigationssystem GLONASS künftig auch kommerziell genutzt werden soll.
14.11.2006	In Moskau wird Selimchan Magomedow, Direktor des National Oil Institute Fund, einer privaten Consulting-Gesellschaft, von Unbekannten erschossen.
14.11.2006	Präsident Putin spricht anlässlich der Eröffnung des Kongresses des Verbandes der Unabhängigen Gewerkschaften und mahnt die Gewerkschaften, sich der Sorgen der Arbeiter anzunehmen.
14.11.2006	Das russische Telekommunikationsunternehmen Vypelkom erwirbt 90% der Anteile von Armentel, der armenischen Telefongesellschaft, die bisher in der Hand eines Konsortiums war, an dem auch das griechische Telekommunikationsunternehmen OTA beteiligt war.
14.11.2006	Der russische Erdgaskonzern Gazprom schließt ein Abkommen mit dem italienischen Energiemonopolisten ENI, der Gazprom ab 2007 gestattet, Gas direkt auf dem italienischen Markt zu verkaufen.
15.11.2006	Bei einer Zwischenlandung auf dem Weg zum Gipfel der Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) trifft US-Präsident Bush auf dem Moskauer Flughafen den russischen Präsidenten Putin. Die beiden Staatsmänner erörtern u. a. Russlands Beitritt zur WTO und das weitere Vorgehen gegenüber dem Iran.
15.11.2006	Der Energiekonzern Gazprom löst den Stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Alexander Rjasanow ab. An seine Stelle tritt Walerij Golubew, ein früherer KGB-Offizier, der derzeit dem Dienstleistungsbereich von Gazprom vorsteht.
15.11.2006	Putin ernennt Oleg Safonow zum Stellvertretenden Innenminister. Safonow stammt aus dem Petersburger FSB und ist gegenwärtig beim Rechnungshof tätig. Auch die Leiter der Abteilungen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität und Wirtschaftsverbrechen werden abgelöst.
16.11.2006	Die gesamte Redaktion der Wochenzeitung „Gorod“ (Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen – Jugra) wird entlassen, nachdem die Zeitung Informationen über Unterschlagung regionaler Budgetmittel publizieren will. An Stelle des Materials erscheint ein Artikel, der die erfolgreiche Arbeit des Gouverneurs Alexander Filipenko herausstreicht.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Polen-Analysen

Polen hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Partner der deutschen und der europäischen Politik entwickelt. Die inneren Tendenzen und die außenpolitischen Weichenstellungen finden steigendes Interesse bei den politisch interessierten Beobachtern und Partnern Polens. Zugleich nimmt angesichts der aktuellen Entwicklungen in Polen das Informationsbedürfnis zu.



Um bei der Beurteilung dieser Prozesse behilflich zu sein, geben das Deutsche Polen-Institut Darmstadt <http://www.deutsches-polen-institut.de/> und die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de> mit Unterstützung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde <http://www.dgo-online.org/> Hintergrundanalysen heraus. Diese Polen-Analysen sollen kurz und prägnant das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Kultur, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien sowie die interessierte Öffentlichkeit verfügbar machen. Autoren sind deutsche, polnische und internationale Experten. Die Polen-Analysen orientieren sich dabei am erfolgreichen Konzept der Russlandanalysen <http://www.russlandanalysen.de> und der Ukraine-Analysen <http://www.ukraine-analysen.de>.

Die Polen-Analysen werden jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat auf Anforderung unentgeltlich per E-Mail als pdf-Datei versandt. Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort Polen-Analysen in der Betreffzeile an polen-analysen@dpi-da.de. Ein Archiv aller Ausgaben sowie weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.polen-analysen.de.

Die Redaktion der Polen-Analysen
Dieter Bingen, Stefan Garsztecki, Silke Plate